

FB-1

AntragstellerInnen: Landesvorstand u.a.

Gegenstand: TOP 5: Frühkindliche Bildung

Kinderland Nordrhein-Westfalen – Auf den Anfang kommt es an!

- 1 Wir GRÜNE stellen Kinder in den Mittelpunkt unserer Politik. Jedes Kind hat das Recht
2 auf die bestmögliche Förderung, auf bestmögliche Bedingungen zur Entwicklung einer
3 eigenständigen Persönlichkeit und auf den bestmöglichen Schutz durch Staat und Gesell-
4 schaft. Gute Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern ist der Schlüssel für mehr
5 Gerechtigkeit und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.
- 6 Erster Lebens- und Lernort außerhalb der Familie sind unsere Kindertagesstätten. Sie
7 müssen den Kindern das bieten, was viele aus der Familie schon kennen: Geborgenheit,
8 Sicherheit, verlässliche Bindungen und Förderung. Einige Kinder lernen dies in der Kita
9 erstmals kennen. Dies ist die Grundlage dafür, dass Erziehung, Bildung und Betreuung
10 von Kindern gelingen kann. Die Bedürfnisse der Kinder, die Betreuungsbedarfe der El-
11 tern und die gesellschaftliche Notwendigkeit, allen Kinder durch frühkindliche Bildung
12 gleiche Startchancen zu verschaffen, sind für Bündnis 90/Die Grünen NRW Schwerpunkt
13 unserer politischen Arbeit. Dabei legen wir Wert auf die Wahrung des eigenständigen
14 Bildungsauftrags der Elementarbildung.
- 15 Alle staatlichen Ebenen sind in der Verantwortung, ein bedarfsgerechtes und qualita-
16 tiv hochwertiges Angebot im Elementarbereich zu schaffen. Seit 2008 wurden erhebliche
17 Anstrengungen besonders durch die Kommunen und die Träger unternommen, um den
18 Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Kinder ab einem Jahr zu erfüllen.
- 19 Das Land Nordrhein-Westfalen hat erst mit dem Regierungswechsel 2010 seine Verantwor-
20 tung zur Finanzierung des U3-Ausbaus übernommen und eine beispiellose Aufholjagd zur
21 Schaffung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots gestartet. Die Kommunen erhalten
22 inzwischen Bundesmittel für den Betrieb von Kitas, die die alte schwarz-gelbe Landes-
23 regierung noch für den Landeshaushalt abgegriffen hat. Von 2010 bis 2013 sind unter
24 Rot-Grün die Landesausgaben für eine bedarfsgerechte und hochwertige Kindertagesbe-
25 treuung um über 50% erhöht worden.
- 26 Die Anstrengungen waren erfolgreich: Im Ergebnis kann den Eltern in NRW ab Sommer
27 für jedes 3. Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz angeboten werden. Damit würde
28 das angestrebte Ausbauziel erreicht. Es bleibt aber noch viel zu tun, um allen Kindern

29 eine bestmögliche frühkindliche Bildung zu ermöglichen und zu einer wirklich guten Ver-
30 einbarkeit von Familie und Beruf zu kommen. Diesen Prozess wollen wir in NRW – wie
31 in den letzten Jahren – unter Beteiligung von Eltern, Beschäftigtenvertretungen, Trägern
32 und Kommunen fortführen.

33 **Kinder und Familien brauchen eine andere Bundespolitik**

34 Jenseits der Vereinbarungen von 2007 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung wenig getan,
35 um den Kita-Ausbau zum Erfolg zu führen und die Umsetzung des U3-Rechtsanspruchs
36 zu gewährleisten. Längst ist klar, dass die ursprünglich im Bundesdurchschnitt angenom-
37 mene und als Grundlage für die Finanzierungsvereinbarung herangezogene Bedarfsquote
38 von 35 Prozent nicht ausreicht. Aber statt Länder und Kommunen an einen Tisch zu holen
39 und auf der Grundlage einer soliden Bedarfserhebung eine faire neue Finanzierungsverein-
40 barung zu treffen, haben Familienministerin Kristina Schröder & Co jahrelang den Kopf
41 in den Sand gesteckt und es in Kauf genommen, dass Länder und Kommunen auf den
42 Ausbau-Kosten sitzen bleiben. Selbst die 580 Millionen Euro, die die rot-grünen Bun-
43 desländer im Rahmen der Verhandlungen zum Fiskalpakt zusätzlich für den Kita-Ausbau
44 erstritten haben, wurden von der Bundesregierung nicht umgehend zur Verfügung gestellt.
45 Stattdessen bemühte sich die Bundesfamilienministerin nach Kräften, die Länder durch
46 kleinteilige Vorgaben zu schikanieren und den Ausbau weiter hinauszuzögern. Auch und
47 vor allem in der Kinder- und Familienpolitik brauchen wir dringend einen Regierungs-
48 wechsel im Herbst!

49 Das Schwarzer-Peter-Spiel beim Kita-Ausbau muss ein Ende haben. Der Bund muss end-
50 lich wieder selbst aktiv Verantwortung übernehmen und sich nachdrücklich für den Aus-
51 bau engagieren. Wenn GRÜNE an der nächsten Bundesregierung beteiligt sind, werden
52 wir in einem ersten Schritt ein Sofortprogramm für die Kommunen auflegen, die in den
53 vergangenen Jahren nachweislich in den Kita-Ausbau investiert haben, deren Bedarf aber
54 über dem angenommenen Durchschnittswert liegt. Dies betrifft in NRW insbesondere die
55 Ballungsgebiete. Mit dem Sofortprogramm wird sichergestellt, dass der Rechtsanspruch
56 überall schnellstmöglich umgesetzt werden kann. Land und Kommunen werden entlas-
57 tet, Eltern können darauf vertrauen, dass der Rechtsanspruch nicht nur auf dem Papier
58 steht.

59 Der Bund muss sich aber politisch und finanziell mehr engagieren, auch weit über 2013
60 hinaus. Deswegen wollen wir in der nächsten Legislaturperiode gesetzlich klar stellen,
61 dass es sich beim Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz sowohl für Kinder unter wie auch
62 über drei Jahre um einen Ganztagsplatz handelt, um die Vereinbarkeit von Familie und
63 Beruf tatsächlich sicher zu stellen. Ein verlässliches Angebot verringert bei den Eltern
64 Zeitkonflikte und Stress und wirkt sich damit positiv auf die Familienzeit aus. Frühkind-
65 liche Bildung braucht Zeit. Nordrhein-Westfalen ist mit einem Angebot von 93 Prozent
66 bei Plätzen von 35 und 45 Wochenstunden im bundesweiten Vergleich bereits führend
67 beim Ganztagsausbau. Die unterschiedlichen Bedarfe der Eltern zum zeitlichen Betreu-
68 ungsumfang müssen aber noch stärker berücksichtigt werden, gerade auch im laufenden
69 Kita-Jahr, zum Beispiel bei Änderungen der beruflichen Situation.

70 Auch die Unternehmen sind gefordert, Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu
71 ermöglichen. Familienfreundliche Maßnahmen, wie flexible Gestaltung der Arbeitszeiten,
72 Vermeidung von Schichtarbeit für Mütter und Väter, Teilzeitarbeitsplätze und die Siche-
73 rung des beruflichen Fortkommens nach der Elternzeit, sollten Teil jeder Personalpolitik
74 eines Unternehmens werden.

75 Angesichts des neuen Rechtsanspruchs stand der quantitative Ausbau der Kita-Plätze
76 in den letzten Jahren im Fokus. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung kann aber nur
77 dann zu größerer Chancengerechtigkeit und besserer frühkindlicher Förderung führen,
78 wenn die Qualität in den Einrichtungen stimmt. Daher müssen die aktuell stattfindenden
79 Veränderungen in der Kita-Infrastruktur auch für eine Qualitätsoffensive genutzt wer-
80 den. Dies können Bund, Länder und Kommunen nur gemeinsam erreichen. Insbesondere
81 die Fachkraft-Kind-Relation ist wichtig, um die Qualität in den Kitas zu verbessern und
82 die dringend notwendige Entlastung für die Erzieherinnen und Erzieher zu schaffen. Wir
83 wollen einen auf die Fachkraft-Kind-Relation bezogenen Standard bundesgesetzlich ver-
84 ankern, der auch Verfügungszeiten beinhaltet, und der einen deutlichen Qualitätsschub in
85 den Einrichtungen ermöglicht.

86 Die Verankerung im Kinder- und Jugendhilfegesetz ist nicht nur notwendig, um die Qua-
87 lität in den Einrichtungen bundesweit voran zu bringen, er ist auch der Schlüssel für eine
88 dauerhafte finanzielle Verpflichtung des Bundes jenseits der Investitionen in die Kitas im
89 engeren Sinne. Für viele Kinder ist eine alltagsintegrierte Sprachbildung in der Kita we-
90 sentlich, um Teilhabe und bessere Chancen im weiteren Lebensverlauf zu ermöglichen. Wir
91 wollen die Bundesmittel für die Sprachförderung aufstocken, um deutlich mehr Kinder zu
92 erreichen.

93 Wir wollen, dass der Bund sich zukünftig finanziell stärker für den Ausbau und die Qua-
94 lität der Kindertagesstätten engagiert. Eine Milliarde Euro jährlich sollen – zunächst für
95 das Sofortprogramm, dann zur Ausgestaltung des Qualitätsstandards und zur Finanzia-
96 rung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz – zur Verfügung gestellt werden. Rund
97 200 Millionen Euro kämen also von Seiten des Bundes jährlich zusätzlich den Kitas in
98 NRW zugute.

99 Zur Finanzierung guter Kitas und zur Einführung einer Kindergrundsicherung wollen wir
100 das Ehegattensplitting schrittweise abschmelzen. Denn wir wollen Kinder besser fördern
101 und nicht den Trauschein subventionieren. Das Ehegattensplitting fördert mit etwa 20
102 Mrd. Euro jährlich die Ehe, unabhängig davon, ob Kinder vorhanden sind oder nicht.
103 Gleichzeitig lebt mittlerweile etwa jedes dritte Kind in Familien ohne Trauschein – sie
104 profitieren überhaupt nicht von dieser Steuersubvention.

105 Wir sagen: Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein. Deshalb schmelzen wir das
106 Ehegattensplitting auf der einen Seite verfassungskonform ab und ersetzen es auf der
107 anderen Seite durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum.
108 Alle Einnahmen aus dieser Reform werden wir Cent für Cent in bessere Kitas und Bildung
109 und den Aufbau einer Kindergrundsicherung investieren.

110 Familien ohne Trauschein und Familien mit geringen oder mittleren Einkommen werden
111 entlastet, da die geplante Grüne Kindergrundsicherung vor allem für diese Familien einen
112 Ausgleich schafft. Mehreinnahmen durch ein Abschmelzen des Ehegattensplittings ent-
113 stehen zu 42,5 Prozent auch bei den Ländern. Schon bei einer Begrenzung der Wirkung

114 des Splittingvorteils auf Paare mit einem Einkommen ab 60 000 Euro, würde Nordrhein-
115 Westfalen deutlich über eine halbe Milliarde Euro Mehreinnahmen verzeichnen und damit
116 seine eigenen Spielräume für Investitionen in Ausbau und Qualität der Kindertagesbetreu-
117 ung deutlich erweitern.

118 Das unsinnige Betreuungsgeld, das falsche Anreize setzt, in dem Kinder von der Kita
119 und Mütter von ihrem Job fern gehalten werden, werden wir umgehend wieder abschaf-
120 fen und die dafür eingeplanten Mittel in die Qualität von Kinderbetreuungsangeboten
121 investieren.

122 **Für ein besseres Kindergartengesetz in NRW**

123 Mit dem ersten KiBiz-Änderungsgesetz 2011 haben wir auf Landesebene einen ersten
124 Schritt zur Aufwertung der Kindertagesbetreuung und zur finanziellen Entlastung von
125 Familien erreicht. Allein für den Bereich der Qualität stehen im Haushalt 2013 rund 150
126 Millionen Euro für zusätzliches Personal in der U3-Betreuung zu Verfügung. Weitere Ver-
127 besserungen gab es bei der Finanzierung von Familienzentren, bei der Umsetzung von
128 Inklusion oder bei den Waldkindergärten. Massiv gestärkt wurde auch die Elternbeteili-
129 gung.

130 Trotz dieser Fortschritte bleibt unsere feste Überzeugung, dass wir ein neues Kindergar-
131 tengesetz entwickeln müssen. Dabei gilt für uns der Grundsatz, dass eine transparente
132 und sorgfältige Beratung unter Einbeziehung aller Beteiligten stattfinden muss, bei der
133 ein Konsens zu einer Novellierung des Finanzierungssystems angestrebt werden soll. In
134 diesem Prozess treten wir GRÜNE dafür ein, dass wir öffentliche Kindertagesbetreuung so
135 finanzieren und organisieren wollen, dass die Trägervielfalt erhalten bleibt, die Träger eine
136 bessere Planungssicherheit erhalten und Erzieherinnen und Erzieher wieder gesicherte und
137 unbefristete Beschäftigungsverhältnisse bekommen. Um den Beruf Erzieher*in attraktiver
138 zu machen und so dem Fachkräftemangel zu begegnen, wollen wir die Praxisanteile in der
139 Ausbildung deutlich erhöhen in Kombination mit einer Entgeltzahlung ab Ausbildungsbe-
140 ginn. Erste positiv verlaufende Ansätze einer praxisintegrierten Ausbildung an einzelnen
141 Standorten in NRW (z.B. in Hamm oder Dortmund) müssen unter der Einbeziehung der
142 vorhandenen Erfahrungen – auch aus anderen Bundesländern – modellhaft ausgeweitet
143 werden.

144 Die Finanzierung öffentlicher Kindertagesbetreuung bedarf einer fairen Lastenverteilung
145 zwischen Bund, Land, Kommunen und Trägern. Den bisher geltenden Grundsatz der
146 paritätischen Finanzierung zwischen Land und Kommunen wollen wir beibehalten. Lan-
147 deseinheitliche Elternbeiträge oder eine weitere finanzielle Entlastung von Eltern durch
148 Beitragsfreiheit und eine Änderung der Finanzierungssystematik bleiben unsere perspek-
149 tivistischen Ziele. Angesichts begrenzter Finanzmittel haben jedoch Maßnahmen im Bereich
150 der Qualitätsverbesserung für uns GRÜNE Priorität.

151 In dem neuen Gesetz sollen auch künftig die Trägeranteile erhoben werden. Wo höhere
152 Trägerrücklagen vorhanden sind, sollen diese – bestenfalls zur Verbesserung der Personal-
153 situation – über eine sachgerechte gesetzliche Höchstgrenze abgebaut werden.

154 **Qualität hat Priorität**

155 Bündnis 90/Die Grünen NRW betonen folgende inhaltlichen Eckpunkte für ein kommen-
156 des neues Gesetz zur frühkindlichen Bildung:

- 157 ● Steigerung der Qualität durch Sicherung einer Mindestpersonalausstattung über
158 einen rechtsverbindlichen Fachkraft-Kind-Schlüssel und eine Gruppengrößenbe-
159 schränkung
- 160 ● Stärkung der Bildungsgerechtigkeit durch Anwendung von Sozialindikatoren bei der
161 Kita-Finanzierung
- 162 ● Gewährleistung eines bedarfsorientierten Angebotes an Betreuungszeiten vor allem
163 im U3-Bereich
- 164 ● Zur Unterstützung der Eltern bei ihren Erziehungsaufgaben wollen wir die Ver-
165 netzung von Familienhilfe und Kinderbetreuung in Familienzentren fortsetzen. Im
166 neuen Modell Familienzentrum-Plus in Kitas mit besonderem Bedarf soll die bishe-
167 rige Angebotspalette um die Bereich Gesundheitsförderung/Bewegung und Arbeit
168 erweitert werden. Solche Familienzentren sind finanziell besser auszustatten.
- 169 ● Ziel eines Personalmix aus Fachkräften mit Hochschulabschluss, Erzieherinnen und
170 Erziehern und ergänzend Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern
- 171 ● Schaffung einer gesetzlichen Regelung für Hauswirtschaftskräfte, die das pädagogi-
172 sche Personal entlasten
- 173 ● Weiterentwicklung der jetzigen Sprachstandserhebung mit dem Ziel verbindlicher
174 Beobachtungsverfahren und Sprachbildung durch das Kita-Personal in einer Hand
- 175 ● Unterstützung bei der landesweiten Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte
176 von Menschen mit Behinderung im Elementarbereich
- 177 ● Verbesserung des Übergangs Kita-Schule z.B. durch gemeinsame Fort- und Weiter-
178 bildungen der Fachkräfte sowie eine partnerschaftliche Gestaltung des Übergangs
- 179 ● Qualifizierung der Kindertagespflege durch landeseinheitliche Mindeststandards. Die
180 Kindertagespflege muss darüber hinaus stärker in die landesweiten Maßnahmen zur
181 Qualitätsentwicklung in der Elementarbildung eingebunden werden, z.B. bei der
182 gegenwärtigen Entwicklung der Bildungsgrundsätze NRW. Darüber hinaus unter-
183 stützen wir die Forderungen nach fairer Entlohnung und mehr gesellschaftlicher
184 Anerkennung der Kindertagespflege und aller Beschäftigten im Elementarbereich.
- 185 ● Steigerung der Attraktivität der Erzieher*innen-Ausbildung durch Ausbau der Pra-
186 xisorientierung mit Entgeltzahlung
- 187 ● Steigerung der Zahl männlicher Fachkräfte und von Fachkräften mit Migrationshin-
188 tergrund

189 **Hochwertige Kitas unterstützen Kinder und Eltern**

190 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir GRÜNE weiter verbessern, doch
191 sind hierfür nicht allein Kommunen, Land und Bund verantwortlich. Gerade größere Ar-
192 beitgeber*innen sollten Angebote zur Kinderbetreuung bereitstellen und Eltern damit
193 familiengerechte Arbeitszeiten ermöglichen. Notwendig sind gesetzliche Regelungen zur
194 erleichterten Schaffung von Betriebskitas, die neben dem öffentlichen Zuschuss auch einen
195 finanziellen Eigenanteil des Betriebs vorsehen.

196 Wir begrüßen die in diesem Jahr erreichte Zwischenetappe bei der Bereitstellung von
197 U3-Plätzen. Da künftig mit weiterem Bedarfen zu rechnen ist, muss der U3-Ausbau bis
198 zur Bedarfsdeckung fortgesetzt werden. Wir wollen flexible Betreuungsangebote und eine
199 Stärkung der Wahlfreiheit der Eltern bei den Betreuungszeiten.

200 Wir GRÜNE stellen uns der Verantwortung, den Elementarbereich als Basis des gesamten
201 Bildungssystems zu stärken. Um den Bedarf der Eltern zu decken und mehr Qualität
202 in der frühkindlichen Bildung verwirklichen zu können brauchen Land und Kommunen
203 endlich eine angemessene politische und finanzielle Unterstützung seitens des Bundes.
204 Dafür werden wir bis zum 22. September und darüber hinaus kämpfen!

AntragstellerInnen

Landesvorstand

Andrea Asch MdL, KV Köln

Katja Dörner MdB, KV Bonn

Kirsten Jahn, Sprecherin LAG Kinder-Jugend-Familie, KV Köln

Karin Schmitt-Promny, Sprecherin LAG Kinder-Jugend-Familie, KV Aachen

Marco Becker, KV Rhein-Kreis-Neuss